

DOKUMENTATION

MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG 2018
14. - 18. Juni 2018





Inhalt



Sponsoren und Förderer



Grußwort des Hauptsponsors



Grußworte der Schirmherrinnen



Grußwort der Generalsekretärin



Grußwort der Projektleitung



Generalversammlung



Hauptausschuss 4



Sicherheitsrat



Menschenrechtsrat



Wirtschafts- und Sozialrat



K. f. d. Rechtsstellung der Frau



Krisensimulationen



Nichtregierungsorganisationen



Konferenzmedien



Bildungsprogramm



Outtakes



Model United Nations Baden-Württemberg 2018 ist ein Projekt von Deutsche Model United Nations (DMUN) e.V. Impressum (1. Version Januar 2019)

Herausgeber:

Deutsche Model United Nations (DMUN) e.V. Birkenweg 1 · 24235 Laboe · info@dmun.de · www.dmun.de inhaltlich verantwortlich gemäß § 55 (2) RstV: Alina Zimmermann, Birkenweg 1, 24235 Laboe

Redaktion: Alina Zimmermann, Pascal Thiel Layout: Pascal Thiel Grafiken/Bilder: Valentina Castaldi, Katharina Wolf, Pascal Thiel, Steffen Bunk, Lynn Siegel



Sponsoren und Förderer

Hauptsponsor

DAIMLER







MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT



























Grußwort des Hauptsponsors



Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von MUNBW,

dieses Jahr fanden die Gremiensitzungen von Model United Nations Baden-Württemberg zum ersten Mal im Landtag von Baden-Württemberg statt, genau dort, wo unter der Woche politische Debatten und öffentliche Aussprachen durchgeführt, Gesetze beschlossen und politische Kompromisse im Dialog gefunden werden. Sie hatten dieses Mal somit die einzigartige Möglichkeit, unter äußerst professionellen Bedingungen eine Sitzungswoche der Vereinten Nationen zu simulieren und politische Luft zu schnuppen. Mit Ihrer Teilnahme an der Konferenz haben Sie nicht nur Interesse an der Arbeit der Vereinten Nationen gezeigt, sondern waren auch bereit, politische Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Die diesjährige Konferenz stand unter einem richtungsweisenden Motto: "70 Jahre Menschenrechte - zwischen weltweitem Anspruch und individueller Wirklichkeit". Die Vereinten Nationen haben in den letzten Jahrzehnten ein umfangreiches System Schutz der Menschenrechte geschaffen. Zahlreiche internationale Konventionen verpflichten die Vertragsstaaten, die Menschenrechte zu fördern und zu achten, denn Menschenrechte bleiben ein verletzliches Gut, das immer wieder neu eingefordert und verteidigt werden muss. Dies ist einerseits politische bzw. völkerrechtliche Aufgabe, andererseits hat auch die Wirtschaft in ihrem Verantwortungsbereich eine Sorgfaltspflicht. Über die Hälfte der weltweit größten Wirtschaftseinheiten sind heutzutage Unternehmen und keine Staaten mehr. In Zeiten der Globalisierung muss auch der Ansatz und das Verständnis von Menschenrechten erweitert werden. Mit zunehmendem wirtschaftlichem Einfluss wächst auch der Einfluss auf soziale und ökologische Aspekte des gesellschaftlichen Lebens. Der Zusammenhang zwischen Menschenrechten und wirtschaftlichem Handeln wurde in den letzten Jahren intensiv und kontrovers diskutiert. Die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verabschiedet wurden, haben diese Verantwortung von Unternehmen zur Achtung und Wahrung der Menschenrechte aufgegriffen und festgeschrieben. Seitdem hat sich viel getan. Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten sind heute ein fester Bestandteil unternehmerischer Geschäftstätigkeit. Maßnahmen zur Sensibilisierung für das Thema und zur Prävention menschenrechtlicher Risiken werden aktiv engagiert vorangetrieben.

Die Gesellschaft braucht junge Menschen wie Sie, die auch den Blick über den Tellerrand des eigenen Arbeitsgebietes hinaus richten und sich mit politischen Themen auseinandersetzen. Ihr Engagement und Ihre Begeisterung für politische Themen verdienen Anerkennung. Bitte erhalten Sie sie sich Ihre Neugier und Ihre Interesse an politische Fragestellungen sowie das nötige Durchhaltevermögen bei der Lösung von komplexen Problemen.

Ich wünsche Ihnen alles Gute und weiterhin viel Erfolg für Ihren persönlichen und beruflichen Werdegang.

Dr. Regina Langer Manager Global Network & Community External Affairs Daimler AG



Grußwort von Muhterem Aras, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg und Schirmherrin von MUNBW 2018



Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte, Neokolonialismus, Vormachtstellung multinationaler Konzerne, Gender Pay Gap. Die Herausforderungen unserer Zeit sind zahlreich und sie sind komplex. In einer vernetzten Welt werden wir konstant und zu jeder Zeit darüber informiert – und damit täglich mit Leid, Gewalt und Ungerechtigkeit konfrontiert.

Angesichts dieser Realität bekommen es viele Menschen mit der Angst zu tun. Sie erstarren und schweigen. Sie flüchten in virtuelle und schönere Welten. Oder sie teilen die Welt auf in Schwarz und Weiß. Auf welche Weise sie sich auch verhalten, eines haben sie gemein: Sie nehmen die Realität unserer Welt als gegeben hin.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Model United Nations Baden-Württemberg,

Sie hingegen begreifen die Realität unserer Welt nicht als gegeben, als fest, als unveränderbar. Für Sie ist es die Realität einer Welt, die entstanden ist, die geworden ist, die gewachsen ist. Der Unterschied mag auf den ersten Blick unbedeutend wirken, seine Auswirkungen könnten jedoch nicht größer sein. In ihm liegt die Kraft zur Veränderung – des eigenen Lebens und damit der Welt, in der Sie leben.

Mutig stellen Sie sich bei diesem politischen Planspiel den globalen Problemen unserer Zeit, indem sie diskutieren, debattieren, verhandeln, Kompromisse schließen und aktiv nach Lösungen suchen. Als Delegierte, als

VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen, als JournalistInnen werden sie selbst aktiver Teil des demokratischen Prozesses.

Aus diesem Grund freue ich mich ganz besonders auch in diesem Jahr wieder Schirmherrin des Model United Nations Baden-Württemberg, einer der größten deutschsprachigen UN-Simulationen, zu sein. Im Juni 2018 findet die UN-Simulation bereits zum 17. Mal statt. Zum ersten Mal sind die SchülerInnen und Studierende aus Baden-Württemberg, Deutschland und der Welt dabei zu Gast im Landtag von Baden-Württemberg.

Als Landtagspräsidentin liegt mir die politische Jugendbildung sehr am Herzen. Sie ist die Grundlage liberaler Demokratien und die Voraussetzung dafür, supranationale Organisationen zu verstehen.

Als Politikerin begrüße ich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen als Gleichgesinnte, welche die Zukunft unseres Zusammenlebens gestalten. Mit Ihrer Begeisterung erwecken Sie die Politik für sich zum Leben. Durch Ihr Engagement tragen Sie aktiv zur Lösung globaler Probleme bei.

Dafür bin ich Ihnen zu großem Dank verpflichtet.

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg



Grußwort von Susanne Eisenmann, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und Schirmherrin von MUNBW 2018



Sehr geehrte, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

Model United Nations Baden-Württemberg geht 2018 in seine 17. Ausgabe und ist damit ein fester baden-württembergischen Bestandteil der Bildungslandschaft geworden. Junge Menschen haben in einer einzigartigen Umgebung die Chance, in kurzer Zeit viel über das System internationaler Politik zu lernen und ihre sozialen Kompetenzen in besonderer Weise weiterzuentwickeln. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport unterstützt Sie deshalb sehr gerne auf diesem Weg. Dieser in Baden Württemberg wohl einmaligen Möglichkeit der politischen Bildung gebührt meine Anerkennung.

Jährlich kommen bis zu 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Baden-Württemberg, Deutschland und der ganzen Welt nach Stuttgart, um die Vereinten Nationen hautnah zu erleben. Als Teil dieser Vereinten Nationen werden Sie während des Konferenzzeitraumes vom 14. bis 18. Juni 2018 die Vereinten Nationen und die Rolle von Staaten, Nichtregierungsorganisationen und Medien in der internationalen Politik auf vielfältige Weise kennenlernen. Sie werden dabei auf viele Probleme treffen und die Meinungen anderer Menschen akzeptieren und verstehen lernen. Sie werden um Worte und Inhalte ringen und so die Kunst der Verhandlung verinnerlichen, um bei hochkomplexen und ausgesprochen wichtigen Themen zu Lösungen zu kommen. Diese Lösungen werden Sie nicht immer zufrieden stellen, werden Sie doch Zugeständnisse machen müssen, um am Ende zu einer gemeinsamen Resolution zu gelangen.

Sie haben sich in diesem Jahr ein Thema von hoher Bedeutung zum Schwerpunkt gesetzt: "70 Jahre Menschenrechte - zwischen weltweitem Anspruch und individueller Wirklichkeit". Im Jahr 1948 unterzeichnete

die UN-Vollversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Gemäß der UN-Charta ist der Schutz der Menschenrechte eine der wichtigsten Aufgaben der Vereinten Nationen. 2006 beschloss die Generalversammlung die Einrichtung eines Menschenrechtsrats, der seitdem als zentrales Gremium im Bereich des Menschenrechtsschutzes agiert. Trotz der Übereinkunft der internationalen Staatengemeinschaft kommt es täglich fast überall auf der Welt zu Menschenrechtsverletzungen. Daher werden Sie sich auf der diesjährigen Konferenz auch der kritischen Reflexion widmen. Inwiefern sind die Vereinten Nationen die geeignete Institution zur Durchsetzung von Menschenrechten? In welchen Punkten muss die Arbeit intensiviert oder neu strukturiert werden?

Ein grundlegendes Verständnis von Demokratie, die Akzeptanz von anderen Positionen und Ihre veränderte Sichtweise auf das Wechselspiel von Politik und Gesellschaft ermöglichen Ihnen ein aktives Mitwirken an wegweisenden Problemen der Zivilgesellschaft und leisten einen wichtigen Beitrag zur Verständigung unter allen Nationen, Völkern und Kulturen.

Auch die Schulen haben die Aufgabe, Kenntnisse über politische, historische, gesellschaftliche und Entwicklungen wirtschaftliche Strukturen und vermitteln und Menschen junge selbstverantwortlichem und demokratischem Handeln in der Gesellschaft zu befähigen. Dazu gehört auch die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für den Schutz der Menschenrechte und die Wahrung von Frieden und Sicherheit sowie die Befähigung zu demokratischem Denken und Handeln.

Mit großer Freude habe ich daher gemeinsam mit Frau Landtagspräsidentin Muhterem Aras die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung übernommen und wünsche Ihnen eine interessante, lehrreiche und aufregende Zeit in unserer baden-württembergischen Landeshauptstadt.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg



Grußwort der Generalsekretärin



Ehrenwerte Delegierte, geschätzte Vertreterinnen und Vertreter nichtstaatlicher Organisationen und der Konferenzpresse, geehrte Damen und Herren,

drei Tage lang haben Sie im Stuttgarter Landtag die Völker dieser Erde repräsentiert oder die Konferenz kritisch begleitet. Wir leben in unruhigen Zeiten und täglich strömen neue, häufig beunruhigende Nachrichten auf uns ein. In solchen Momenten ist es besonders wichtig, dass wir uns unseren Blick für die wesentlichen Dingen bewahren und genau hinhören: Wo brauchen Menschen gerade besonders unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung?

Im Rahmen unseres Jahresthemas haben Sie Bilanz gezogen. Wie weit sind wir als Weltgemeinschaft 70 Jahre nach der Unterzeichnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gekommen? Und wie weit ist der Weg trotzdem noch, bis für alle Menschen diese elementarste aller Wahrheiten gilt: Wir alle sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.

Sie haben gezeigt, dass Sie sich nicht abwenden, wenn Menschen Ihre Hilfe brauchen. Im Angesicht schwieriger Themen wie dem Umgang mit Gefangenen, dem Schutz sexueller Rechte oder der Entkriminalisierung des privaten Drogenkonsums sind Sie nicht still geworden, sondern haben im Gegensatz Ihre Stimme erhoben und sich für andere eingesetzt. Bis zur letzten Sitzungsminute haben Sie mutige und kreative Lösungen gefunden und an Resolutionen gearbeitet, die wirklich etwas bewegen können. Ich war davon beeindruckt, wie gründlich Sie gearbeitet haben, wie Sie von Anfang an zusammengearbeitet und einander zugehört haben und dabei die Menschen, für die Sie arbeiten, nie aus dem Blick verloren haben. Ich hoffe sehr, dass Sie zurecht stolz darauf sind, was Sie im Rahmen von MUNBW 2018 geleistet haben!

Sie sind die größte Jugendgeneration aller Zeiten. Wenn Sie sich Ihren Mut, Ihre Kreativität und Ihre Bereitschaft bewahren, sich einzumischen und zu widersprechen, und Ihr Engagement in die Welt außerhalb von MUN-Konferenzen tragen, dann ist die Welt bei Ihnen in guten Händen.

Mit den besten Wünschen und hoffentlich bis MUNBW 2019,

Anna Friedemann Generalsekretärin MUNBW 2018



Grußwort der Projektleitung



Ehrenwerte Teilnehmerinnen und Teilnehmer von MUNBW 2018, werte Partner, Förderer und Sponsoren, sehr geehrte Damen und Herren,

die Dokumentation von Model United Nations Baden-Württemberg 2018 bildet den offiziellen Abschluss der Konferenz. Sie soll dazu dienen, die Ereignisse der Tage zusammenzufassen und Revue passieren zu lassen.

Wenn wir uns an die Konferenz zurückerinnern, denken wir an spannende und vielfältige Debatten, an den lehrreichen Redeabend und an wunderschöne Momente während der Eröffnungsveranstaltung und des Diplomatenballs sowie die neue und authentische Ausstrahlung des Landtages. Wir denken an unser tatkräftiges Team und an diskussionsfreudige und engagierte Teilnehmende, ohne die die Konferenz niemals möglich gewesen wäre.

Sicherlich hat jedoch jeder von Ihnen ganz persönliche Konferenz-Momente und Höhepunkte, an die Sie sich noch lange erinnern werden.

Behalten Sie sich das Engagement, dass Sie während der Konferenz gezeigt haben bei, und begeistern Sie auch Ihre Freundinnen und Freunde für die Vereinten Nationen. Wie auch unser Jahresmotto "70 Jahre Menschenrechte – zwischen weltweitem Anspruch und individueller Wirklichkeit" gezeigt hat, ist eine aktive Zivilgesellschaft wichtig für das Einstehen und Einfordern von Menschenrechten. Wie Sie vermutlich auch bei den Debatten während MUNBW 2018 gemerkt haben, wird Großes meist im Kleinen angestoßen.

Selbstverständlich können Sie ihr Engagement auch im nächsten Jahr fortführen, sowohl bei MUNBW 2019, als auch bei einer der anderen DMUN Konferenzen. Wir laden Sie herzlich dazu ein, bei den kommenden Konferenzen teilzunehmen und würden uns überdies freuen, Sie auch im Organisationsteam willkommen heißen zu dürfen. Bei Interesse können Sie sich jederzeit bei uns melden.

Es grüßt Sie herzlich ein letztes Mal die Projektleitung von MUNBW 2018

Insa Conradi,

Saskia Millmann und Alina Zimmermann



Die Generalversammlung



Die Generalversammlung von Model United Nations Baden-Württemberg setzte sich 2018 aus den Delegierten von 93 Staaten zusammen, die erstmals in der Geschichte der Konferenz im Plenum des Landtags von Baden-Württemberg tagen durften - eine zutiefst beeindruckende Kulisse! In den intensiv geführten Debatten befassten sich die Delegierten primär mit der Frage, ob privater Drogenkonsum entkriminalisiert, legalisiert oder anderweitig neu reguliert werden sollte. Die teilweise erbittert geführten, jedoch stets detaillierten verbalen Schlagabtauscheillustrierendeutlich, wiegutsichdie Delegierten inhaltlich auf das Thema vorbereiteten hatten.

Die erste Hälfte der Verhandlungen war geprägt von einer ausgedehnten allgemeinen Debatte zum Tagesordnungspunkt, in der die Vielschichtigkeit des Themas in den Reden der Delegierten deutlich wurde. So debattierten sie neben gesundheits-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Aspekten unter anderem auch über Fragen der Berücksichtigung von kulturellen und religiösen Besonderheiten einzelner Staaten. Inspiriert von einem Besuch und einer Rede der Generalsekretärin ging das Gremium schließlich zur Auseinandersetzung mit dem Resolutionsentwurfs des Delegierten Frankreichs über. Dessen Bearbeitung entpuppte sich als ähnlich komplex und zeitintensiv wie die vorangegangene Debatte, sodass sich das Gremium zunehmendem Zeitdruck ausgesetzt sah und - nur wenige Minuten vor dem Ende des letzten Sitzungsblocks - über selbigen abstimmte, wobei sich eine Mehrheit der Delegierten gegen die Annahme entschied. So wurde am Ende intensiver Verhandlungen keine Resolution verabschiedet - eine für die Delegierten auf den ersten Blick ernüchternde Erfahrung, die auf den zweiten Blick jedoch ein durchaus realistisches Bild internationaler Verhandlungen zeichnet.









Der Hauptausschuss 4

Der Ausschuss für besondere politische Fragen und Entkolonialisierung (Hauptausschuss 4) hatte bei MUNBW 2018 zwei Themen auf der Agenda: "Neokolonialismus in der Entwicklungshilfe" und "Entsorgung nicht detonierter Kampfmittel". Letzteres wurde von den Delegierten als erster Tagesordnungspunkt beschlossen.

Das Gremium war sich schnell darüber einig, dass ehemalige Konfliktregionen bei der sicheren Entfernung von Altlasten unterstützt werden müssen, denn nur so könne die Zivilbevölkerung geschützt werden. Gegenstand der allgemeinen Debatte war insbesondere die Zuständigkeit für die Entsorgung nicht detonierter Kampfmittel. Dabei wurde auch der Minenaktionsdienst der Vereinten Nationen (UNMAS) thematisiert. Neben finanzieller Hilfe forderten die betroffene Staaten die westlichen Länder dazu auf, Wissenstransfer zu ermöglichen und entsprechende Technologien zur Verfügung zu stellen. Durch die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen konnten die Delegierten einen Einblick in die Praxis der Kampfmittelbeseitigung bekommen. Boris Wortmann, CEO von InZeptive Aps, informierte das Gremium über verschiedene Detonierungstechniken bei Kampfmitteln.

Zum Ende der allgemeinen Debatte wurde durch Australien schließlich ein Resolutionsentwurf eingereicht, der zum Ende des Tagesordnungspunkts mit einer breiten Mehrheit vom Gremium angenommen und von der Generalversammlung bestätigt wurde.

Dieser sah vor, die Bemühungen, Kampfmittel zu entschärfen, zu intensivieren, ohne dabei die Souveränität der betroffenen Staaten außer Acht zu lassen. Zur finanziellen Unterstützung sollten insbesondere ehemalige Konfliktparteien verpflichtet werden. Darüber hinaus umfasste er präventive Maßnahmen, etwa Bildungsprogramme zur Aufklärung über die Gefahren nicht detonierter Minen. Ein besonderer Fokus wurde dabei auf Kinder gelegt.

Zum Thema "Neokolonialismus in der Entwicklungshilfe" konnte aus Zeitgründen kein Resolutionsentwurf mehr vorbereitet werden. Allerdings betonten die Delegierten die Wichtigkeit, auch hier zeitnah Lösungsansätze zu entwickeln und voranzubringen.











Der Sicherheitsrat

Der Jemen steht vor einer humanitären Krise. Um den Menschen vor Ort zu helfen, wird dringend eine politische Lösung benötigt. Genauso sahen das auch die Delegierten des Sicherheitsrats von MUNBW 2018.

Bereits zu Beginn der ersten Sitzung waren zahlreiche NGO-Vertreter*innen im Gremium anwesend, um der Debatte des Sicherheitsrates beizuwohnen. Und die Delegierten des Rates schienen an ihrer Expertise sehr interessiert; bereits im ersten Sitzungsblock wurde ein Antrag auf eine Gastrede des UN-Sondergesandten für den Jemen gestellt. Im Laufe des Tages wurde von Großbritannien ein Resolutionsentwurf eingebracht. Nach der zugehörigen Debatte folgten sofort einige Änderungsanträge. Zudem besuchte Ihre Exzellenz, die Generalsekretärin, das Gremium. Am zweiten Sitzungstag wurde der vorliegende Resolutionsentwurf und die Änderungsanträge weiter diskutiert. Gegenstand der Verhandlungen war eine neue Blauhelmmission für den Jemen, die Diskussion zu dieser wurde durch die völkerrechtliche Expertise des wissenschaftlichen Dienstes bereichert. Der letzte Verhandlungstag begann mit einer Gastrede der Delegierten des Jemen. Diese bestätigte ihre

Zustimmung zu dem vorliegenden Resolutionsentwurf. Anschließend stimmte das Gremium über den Resolutionsentwurf ab und verabschiedete ihn als erste Resolution. Somit hatten es die Delegierten nach drei Tagen intensiver Verhandlungen geschafft, sich auf ein Papier zu einigen, welche erste Schritte zu einer tatsächlichen Lösung eines der drängendsten Probleme der Weltgemeinschaft darstellen könnte. Obgleich auch der zweite Tagesordnungspunkt, das Thema "Friede, Frauen, Sicherheit – die Umsetzung der Resolution 1325" einer dringenden Behandlung bedurfte, musste das aus Zeitgründen vertagt werden.











Der Menschenrechtsrat

Wie kann man Gefangenen während ihrer Inhaftierung ein menschenwürdiges Leben ermöglichen? Mit dieser facettenreichen Problematik befasste sich der Menschenrechtsrat zu Beginn von MUNBW 2018. Neben diesem Tagesordnungspunkt standen auch der "Zugang zu Wasser sowie sanitären Anlagen und Hygiene" und die "Situation der Menschenrechte im 'War on Drugs'" auf der Agenda des Gremiums.

Bereits am ersten Sitzungstag erarbeiteten die Delegierten nach intensiver Debatte gleich zwei Resolutionsentwürfe zum Thema "Umgang mit Gefangenen". In der kontroversen Debatte wurde deutlich, dass sich zahlreiche Delegierte umfassend auf das Thema vorbereitet hatten. Allerdings zeigte sich durch zahlreiche Änderungsanträge auf Streichung nahezu jeden operativen Absatzes, dass man zur Verabschiedung einer Resolution noch einen weiten Weg vor sich hatte. Diesen beschritten die Delegierten allerdings unbeirrt und effizient. In informellen Sitzungen wurden Änderungsanträge formuliert, aber auch darüber diskutiert, ob man manche nicht bündeln oder so verändern könnte, dass eine Streichung vermieden werden könnte. Dabei hatten die Delegierten stets eine nachhaltige Lösung vor Augen. Häufig war die Position zu vernehmen, dass das bloße Bereitstellen finanzieller Mittel die Probleme nicht lösen könne. Deshalb rückte eine durch Form der Zusammenarbeit, die durch Wissensaustausch geprägt sein sollte, immer mehr in die Mitte der Debatte. Zudem sollte eine Besserung der Situation vor allem mit Anreizen und nicht mit Sanktionen herbeigeführt werden. Gegen Mitte des dritten Sitzungstages befand das Gremium den Resolutionsentwurf schließlich bereit zur Abstimmung und verabschiedete ihn als seine erste Resolution.

Ohne sich eine Pause zu gönnen, gingen die Delegierten das Thema "Zugang zu Wasser und sanitären Anlagen" an. Hierbei erhielten sie tatkräftig Hilfe von einigen engagierten NGO-Vertreter*innen. Obwohl vom Sitzungstag nur noch eine knappe Stunde übrig geblieben war, erarbeiteten die Delegierten noch einen Resolutionsentwurf. Bei der Abstimmung verfehlte dieser allerdings knapp die erforderliche Mehrheit.

Was bleibt? Der Menschenrechtsrat hat gezeigt, dass Probleme mit vereinten Kräften besser gelöst werden können als in nationalen Alleingängen.









Der Wirtschafts- und Sozialrat

Der Wirtschafts- und Sozialrat bei Model United Nations Baden-Württemberg 2018 hatte eine ambitionierte Tagesordnung. Gleich drei herausfordernde, aber durchaus zukunftsweisende Themen sollten behandelt werden: die wirtschaftliche Monopolstellung multinationaler Konzerne, die Chancen und Risiken künstlicher Intelligenz und die Konzeptionierung klimaneutraler Städte.

Am ersten Sitzungstag beschlossen die Delegierten denkbar knapp, die Konzeptionierung klimaneutraler Städte zuerst zu behandeln. Geschulded war dies wohl des intensiven Lobbyings durch die Delegierten Frankreichs und Saudi-Arabiens, die die im Vorhinein durchgeführte Umfrage zum Stimmungsbild geschickt für ihre Zwecke genutzt hatten. Trotz der für viele Delegierte unerwarteten Änderung der Tagesordnung, begannen die Sitzungen mit vielen hochmotivierten Redebeiträgen und regen informellen Sitzungen.

Am Samstag bekam das Gremium hohen Besuch, zunächst durch Ihre Exzellenz, die Generalsekretärin, dann durch den Bürgermeister von New York, Bill de Blasio. Der Grund: Zu oft verloren sich die Delegierten in Diskussionen zur Verantwortung der Industrie und der BRICS Staaten für den Klimawandel und der eventuell daraus resultierende finanziellen Verpflichtungen an die UN. Die Städte gerieten dabei immer wieder aus dem Fokus. Am Samstag stieg man dann doch noch in die Debatte zu einem Resolutionsentwurf, eingereicht durch Kasachstan, ein. Zuvor verabschiedete der WiSo als übergeordnetes Gremium der Kommission für die Rechtsstellung der Frau deren Resolutionsentwurf zum Thema Schutz sexueller und reproduktiver Rechte.

In den Debatte zum Resolutionsentwurf offenbarte sich trotz zahlreicher langer informeller Sitzungen, dass er den Delegierten als nicht ausreichend erschien. Dies mündete in über 30 Änderungsanträgen, davon 18 auf Hinzufügen eines operativen Absatzes. Dabei wurden viele Inhalte aus dem Resolutionsentwurf der Schweiz übernommen. Jedoch wurde diese Fülle an Änderungsanträgen mit einer hervorragenden Effizienz und dem erkennbaren Willen dem Thema gerecht zu werden, bearbeitet.

Somit konnte das Gremium am Sonntag, in letzter Minute, doch noch eine sehenswerte Resolution verabschieden.











Die Kommission für die Rechtsstellung der Frau

Die Kommission die Rechtsstellung für Frau Thema "Schutz der begann mit dem sexueller und reproduktiver Rechte". Nach einer ausgiebigen allgemeinen Debatte wurde ein Arbeitspapier eingereicht, welches schließlich zum Resolutionsentwurf erhoben wurde. Mit einer Flut an Änderungsanträgen wurde es im Verlauf der Sitzungen immer weiter optimiert. Der Vorsitz war beeindruckt, dass die Delegierten mit nur wenigen informellen Sitzungen arbeiteten und alle Streitpunkte in der formellen Debatte ausdiskutierten. Unterstützt wurden sie dabei von zahlreichen Vertreter*innen die sich Nichtregierungsorganisationen, informellen Sitzungen, als Gastredner*innen oder mit kreativen Aktionen einbrachten und die Delegierten für das Thema Frauenrechte weiter sensibilisierten. So schaffte es die Kommission am Samstagvormittag, Resolutionsentwurf zu verabschieden und sich der kritischen Prüfung des Wirtschafts- und Sozialrates zu stellen. Dieser erkannte die inhaltliche Qualität des verabschiedeten Resolutionsentwurfes an und verabschiedete ihn mit einer deutlichen Mehrheit.

Weiter ging es mit dem Thema "Rolle der Frau bei der Ernährungssicherung". Auch hier blieben die Delegierten der formalen Debatte treu. Viele, die bis dahin eher weniger an der Gremienarbeit teilgenommen hatten, brachten sich nun aktiv ein. Der nach einer ausführlichen allgemeinen Debatte eingereichte Resolutionsentwurf enden wurde durch einen nicht wollenden Änderungsanträgen Strom weiterentwickelt.

Am Sonntagmorgen schweifte das Gremium dann das erste Mal ein wenig vom zielorientierten Arbeiten am Resolutionsentwurf ab. Plötzlich debattierte man über den Klimawandel, die Rechenfähigkeiten von Frauen und über die Unterdrückung von Frauen durch sogenannte Alpha-Männer.

Glücklicherweise fanden die Delegierten Anhörung Gastredner*innen der mehrerer und auch Ihrer Exzellenz wieder dazu zurück, Änderungsanträge abzuarbeiten und den Resolutionsentwurf zu verabschieden. Allerdings mussten Vorsitz und Delegierte das Verfahren im letzten Sitzungsblock im Eiltempo durcharbeiten wenn auch vollständig geschäftsordnungskonform.











Die Krisensimulationen

Der Rat der Europäischen Union in der Formation "Äußere Angelegenheiten" und der Sicherheitsrat der Afrikanischen Unionhaben bei MUNBW 2018 gemeinsam ein sich ständig wandelndes Krisenszenario behandelt. Die Teilnehmenden der Gremien schlüpften dabei in die Rolle von Außenminister*innen. Dabei hatten sie eine Reihe von Instrumenten zur Hand, etwa Anfragen oder Befehle an die Behörden des eigenen Direktiven, die von den Minister*innen Landes, einzeln veranlasst werden konnten, aber auch gemeinsame Aktionen, welche neben den rechtlich bindenden Beschlüssen die Verabschiedung von öffentlich wirksamen Erklärungen beinhalten.

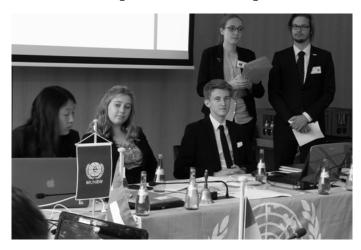
Beide Gremien starteten zunächst mit ursprünglich geplanten Themen. Dann erreichte sie eine dramatische Nachricht: Im nordostafrikanischen Land Somalia hatte der Zyklon "Gabriel" massive Schäden angerichtet. Die Bilanz: mehr als 250,000 Tote, erhebliche landwirtschaftliche infrastrukturelle Verluste, Nahrungsmittelknappheit, ungeklärte Erkrankungen und terroristische Bedrohungen von verschiedenen Milizenvereinigungen.

Der Rat der Europäischen Union in der Formation "Äußere Angelegenheiten"



Als am Donnerstag die ersten Sitzungen des Rats begannen, standen für die 23 Außenministerinnen und -minister alle Zeichen auf eine Diskussion zur Einrichtung einer schnellen EU-Eingreiftruppe für Katastrophenfälle. So starteten die Minister*innen in eine produktive Debatte, um nur kurze Zeit später durch

den Krisenfall in Somalia unterbrochen zu werden. Also wurde der ursprüngliche Tagesordnungspunkt vertagt. Bereits wenige Minuten später hatte das Gremium eine Erklärung verabschiedet, in der der Rat der EU-Außenminister*innen sein Bedauern über die Lage in Somalia ausdrückte und Hilfe anbot. Als sich die Flüchtlingssituation in der Region zusehends



verschlechterte, reagierten die europäischen Außenminister*innen rasch und unmissverständlich, indem sie mit einstimmigem Beschluss eine europäische Battlegroup an das Horn von Afrika entsandten. Im Verlauf des Nachmittags wurden das Ausmaß und die Zusammensetzung der versprochenen Hilfe verhandelt, wobei sich der Rat auch auf die Expertise zahlreicher Gastredner verließ. Insbesondere Thomas Bethany, Leiter des Europäischen Zentrums für die Koordination von Notfallmaßnahmen, war die gesamte Konferenz über mehrfach im Gremium anwesend. Ebenso hielt das Gremium mehrfach Rücksprache mit Minister*innen des Sicherheitsrates der Afrikanischen Union, indem gemeinsame informelle Sitzungen einberufen wurden oder der malische Minister als Gastredner gehört wurde.

Besondere Herausforderungen stellten in den folgenden Tagen ein Giftmüll-Fund europäischer Herkunft vor der somalischen Küste, die Radikalisierung lokaler Milizen, womit sich auch die Lage in den Flüchtlingslagern vor Ort verschlechterte sowie die Entführung einer UN-Sonderbeauftragten, dar.

Dank der Entsendung einer weiteren militärischen Kriseneinsatztruppe, dem Zugriff auf EU-Krisenfonds und zahlreicher nationaler Direktiven, gelang es dem Gremium im Laufe der Konferenz, die Lage in Somalia schrittweise zu verbessern. So konnte am Sonntag schließlicheineEntspannungderKrisevermeldetwerden.







Der Sicherheitsrat der Afrikanischen Union

Der Sicherheitsrat stieg am ersten Sitzungstag in allgemeine Debatte zum "Bedeutung von humanitären Katastrophen Wahrung von Frieden und Stabilität" Als die Katastrophe aus Somalia das Gremium erreichte, zögerten die anwesenden Staaten nicht und setzten das neue Thema "Die Lage in Somalia" unverzüglich zur Behandlung auf die Tagesordnung. Der Sicherheitsrat handelte schnell und entschlossen, wenn zu Beginn auch eher jede*r Vertreter*in alleine, mittels Direktiven. Nach dem Tod eines verschütteten britischen Botschafters verstärkten die Minister*innen die konstruktiven Diskussionen im Gremium und setzten sich mit dem Rat der EU in Verbindung, um gemeinsam Möglichkeiten zu finden, der Situation in Somalia und den damit einhergehenden Problemen entgegenzutreten. Und obwohl noch ein finnisches Hilfsteam verschwand, und radioaktive Strahlung an der Küste Somalias festgestellt wurde, gab es viel Dialog und Zusammenarbeit im und zwischen den beiden Gremien, was sich schlussendlich bezahlt machte, als die entführte hohe Sonderbeauftragte für das Horn von Afrika, Marlene Quant, gerettet werden konnte und den Gremien nach ihrer wohlbehaltenen Rückkehr persönlich dankte.

Besonders begrüßenswert die vielen waren Reformvorschläge und Lösungsansätze, die von den Repräsentant*innen entwickelt wurden und die enge Kooperation im Sicherheitsrat, die, neben den zahlreichen qualitativ hochwertigen Direktiven, am Ende weiteren ZU zwei Erklärungsvorlagen und vier Beschlüssen geführt hat.









Die Nichtregierungsorganisationen

Sie geben denen eine Stimme, die sonst keiner hört. Zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unterstreicht dieser Grundsatz die Wichtigkeit von Nichtregierungsorganisationen für die Vereinten Nationen.

Mit dem Wissen um ihre große Aufgabe begannen die Vertreter*innen der Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit. Um die Relevanz der NGOs und auch ihre eigene Hochachtung zum Ausdruck zu bringen, ließ es sich die Generalsekretärin nicht nehmen, noch vor ihren Antrittsreden in den Gremien dem ersten Briefing der Nichtregierungsorganisationen beizuwohnen. Sie gab hierbei erste wichtige Impulse für die Ausarbeitung erster Aktionen und motivierte viele Vertreter*innen, sich sogleich in den Gremien einzubringen.

Einige Vertreter*innen machten sich daher am ersten Sitzungstag zunächst ein Bild der verschiedenen Gremien, andere fanden schnell ihre thematische Heimat. So nutzte etwa das International Drug Policy Consortium die gesamte Konferenz, um in der Generalversammlung bei der Debatte bezüglich der Entkriminalisierung des privaten Drogenkonsums die Rechte und Würde der Konsumenten zu wahren, während die International Crisis Group dem Sicherheitsrat dabei half, in der Jemen-Krise die richtigen Impulse zu setzen.

Die beiden folgenden Tage nutzten viele Vertreter*innen, um den Fokus der Delegierten auf die wichtigen Themen und Fragestellungen zu lenken. So blockierten einige Vertreter*innen von Transparency International und dem World Economic Forum den Komm-Service, um auf die Folgen von Bestechung und Informationsmacht aufmerksam zu machen. Zudem räumte eine Gruppe um das Internationale Komitee des Roten Kreuzes den Tagungsraum des Hauptausschuss 4, da während der Debatte zum Thema der Beseitigung nicht-detonierter Kampfstoffe eben solche im Sitzungssaal gefunden wurden.

Mit den Presseteams von MUNBW 2018 haben die Vertreterinnen und Vertreter alle Wege genutzt, um auf das Konferenzgeschehen einzuwirken, sich an internationaler Politik zu beteiligen und denen eine Stimme zu verleihen, die sonst von niemandem gehört werden!











Das Printpresseteam

Brainstormen, recherchieren, korrigieren, immer auf der Jagd nach guten Stories – so war der Alltag im Printpresseteam bei MUNBW 2018. Motivation wurde von unseren Teilnehmenden groß geschrieben. Das ermöglichte es uns, über das Wochenende vier qualitativ hochwertige Zeitungen zu produzieren und zu veröffentlichen. Unter dem Namen "Insidebates" wurde bei der Konferenz über die Geschehnisse in den Gremien, über Aktionen der Nichtregierungsorganisationen, wichtige Fakten, aber auch Klatsch und Tratsch, berichtet.

Schon die Nacht von Donnerstag auf Freitag - bevor die Konferenz überhaupt begonnen hatte - wurde lang, denn unsere Teilnehmenden wollten die Delegierten am Freitag direkt mit Zusammenfassungen und Informationen über den Seminartag und die Eröffnungsveranstaltung versorgen. Von Anfang an wurden professionelle Interviews geführt, es wurde kritisch nachgefragt, genau beobachtet und stets versucht, die Wahrheit ans Licht zu bringen. An den Sitzungstagen folgten dann Kommentare und Berichte, um alle anderen Teilnehmenden der Konferenz über die Geschehnisse im Rest des Landtags zu informieren. Natürlich konnte morgens kein kompletter Tagesplan aufgestellt werden, da vieles spontan geschah. So kam es dazu, dass Pläne umgeworfen werden mussten, neue Ideen kamen und alte Entwürfe wieder aufgenommen wurden. Außerdem lie-Ben unsere Teilnehmenden oft ihre Arbeit liegen, um Interviews mit den Delegierten oder Vertreter*innen von Nichtregierungsorganisationen zu führen, damit auch diese eine Stimme in unserer Zeitung bekamen.

Um den Konferenzteilnehmenden ein wenig Ab-"Insedebawechslung bieten. produzierte auch den Boulevard-Teil "UNERHÖRT" für jede Ausgabe. Dieser bestand aus Rätseln, satirischen Kommentaren und witzigen Beiträgen. unsere Bis zum Schluss haben Teilnehmendurchgehalten können nun zufrieden und den vier eigene Zeitungen in der Hand halten.

Wir sagen "Danke" an die Teilnehmenden des Printpresseteams. Dank euch gab es eine vielfältige, witzige und lesenswerte Zeitung auf der Konferenz, die das Konferenzgeschehen zusammengefasst und bereichert hat.











Das Fernsehteam

"Ruhe bitte, wir nehmen auf!" – auch 2018 schallte dieser Ruf durch das improvisierte Fernsehstudio der Konferenzpresse von MUNBW. Fleißige Journalistinnen und Journalisten arbeiteten unter Hochdruck an den abendlichen Nachrichten – die Delegierten sollten schließlich gut informiert sein!

13 Teilnehmende, ohne Vorerfahrung im Bereich Videoproduktion, sprangen direkt ins kalte Wasser. Im SSB-Veranstaltungszentrum starteten sie ihre ersten Versuche, Nachrichten selbst zu machen. Nach einigen Übungen zum Aufbau eines Beitrags sowie zur Bedienung von Kamera und Mikrofon, ging es auf die Pirsch nach den neuesten Gerüchten und Informationen mit Nachrichtenwert. Eine Sache durfte dabei auf keinen Fall fehlen: Schnittbilder, Schnittbilder und noch mehr (passende) Schnittbilder.

Ab dem zweiten Tag war vor allem Ausdauer angesagt: Im ständigen Wechsel zwischen dem Landtag von Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte wurde gefilmt, geschnitten und die ersten Beiträge eingesprochen. Das Fernsehteam startete jeden Tag mit einer Redaktionskonferenz. Welche Themen würden an diesem Tag wichtig werden? Welche NGOs planen Aktionen? Wo und wann muss man vor Ort sein, um das Geschehen im richtigen Moment einzufangen? Take für Take wurde dann aufgenommen, überprüft und geschnitten. Mit dem passenden Sprechtext entstand so Beitrag. Im improvisierten Studio wurde die Moderation aufgenommen und schließlich wurde aus vielen kleinen Stücken die Nachrichtensendung "insidebates". Kontinuierlich am Ball bleiben und die Themen im Blick haben, Schnittbilder aus "Krisenregionen" in Stuttgart einfangen, recherchieren und die Delegierten interviewen. Diesen Herausforderungen stellte sich das unermüdliche Reporter*innenteam. Über die drei Konferenztage hinweg produzierten sie mehrere hundert Stunden Filmmaterial und überzeugten die Delegierten durch ihre professionelle Arbeit.

Just in time schafften es die Nachrichten jeden Abend in die Generalversammlung. All dem Stress der Deadlines zum Trotz produzierten die Teilnehmenden drei fantastische Nachrichtensendungen. Schon jetzt ist die Vorfreude auf das nächste Jahr groß, wenn es wieder heißen wird: "Ruhe bitte, wir nehmen auf!"









Blick hinter die Kulissen - das Organisationsteam

















Das Bildungsprogramm

Unter dem Motto "Informieren, Begeistern, Aktivieren" begeisterte das Bildungsprogramm von MUNBW auch 2018 die Teilnehmenden wieder.

Die Tagesordnungspunkte in den einzelnen Gremien und Kommissionen behandeln in der Regel Teilbereiche eines übergeordneten Themas, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, konkrete Antworten auf konkrete Problemstellungen zu erarbeiten. Um diese in einen thematischen Rahmen einzuordnen und die Teilnehmenden gezielt durch weiterführende Informationen, Podiumsdiskussionen und anderen interaktiven Angeboten zu unterstützen und individuell zu fördern, spiegelten die Tracks des diesjährigen Bildungsprogramms eine kumulative Auswahl der Gremien-Themen wider: Menschenrechte, Global Governance, Ernährungssicherheit, Postkolonialismus.

Dabei wurden verschiedene Fragen unserer Zeit besprochen, welche die Welt(-politik) insbesondere auch die junge Generation noch lange beschäftigen werden: Inwiefern lässt sich eine nachhaltige Ernährungssicherung der Weltbevölkerung sicherstellen? Wie können wir die Menschenrechte besser schützen? Wie können postkoloniale Konflikte gelöst werden? Inwiefern lassen sich globale Probleme durch nachhaltige und grenzüberschreitende Maßnahmen lösen?

In den angebotenen Tracks legten die Referent*innen einen starken Fokus auf die Einbindung und Partizipation der Teilnehmenden und ferner auf die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven.

Am Seminartag waren die Teilnehmenden bspw. durch interaktives Lernen gefordert, wohingegen sie durch den Vortragsabend einen tieferen Einblick in die hochaktuellen Themen durch externe, ausgewiesene Expert*innen erhielten. Hierbei gab es stets die Möglichkeit, eigene Gedanken zu äußern, mit den Redner*innen ins Gespräch zu kommen und sich über verschiedene Formen gesellschaftlichen Engagements und mögliche Studien- und Berufsperspektiven zu informieren.





























Track Global Governance

Track Menschenrechte



Wie können wir globale Herausforderungen wie den Klimawandel, Flüchtlingsströme, Wirtschaftskrisen und internationalen Terrorismus gemeinsam bekämpfen?

Mit diesen Fragen und der Begeisterung für die internationale Politik, begannen 150 aufmerksame Teilnehmende sich mit den verschiedenen Aspekten von Global Governance auseinanderzusetzen und diese anschließend reflektiert zu beleuchten.

Im Impulsvortrag zu Beginn des Seminartages wurden daher die Fragen geklärt, wie sich Global Governance seit dem Westfälischen Friede entwickelt hat und welche verschiedenen Arten von Akteuren auf welchen Ebenen dazu beigetragen haben, dass unser politisches System über nationale Grenzen hinaus global vernetzt ist.

Im zweiten Teil des Seminartages setzten sich die Teilnehmenden im Rahmen einer Zukunftswerkstatt mit konkreten Problemen auseinander und versuchten für diese kreative und innovative Lösungen zu finden. So beschäftigten sich Teilnehmende beispielsweise mit der Macht globaler Konzerne im Rohstoffabbau im Kongo und der "Neuen Seidenstraße" Chinas.

Beim Redeabend im Plenarsaal des Landtages wurde das Thema Klimagerechtigkeit und die durch Global Governance entstehenden Probleme diskutiert. Neben zwei Teilnehmenden von MUNBW durften wir Dr. Steffen Bauer vom Deutschen Institut Entwicklungspolitik und Rita Schwarzelührfür Suter. parlamentarische Staatssektretärin Umweltministeriums, dem Podium des auf begrüßen. Gemeinsam diskutierten sie Klima(un)gerechtigkeit zwischen Ländern des Globalen Nordens und Ländern des Globalen Südens.



Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte behandelte der Track Menschenrechte den Menschenrechtsschutz durch die Vereinten Nationen.

Im einführenden Seminar wurden gemeinsam mit den Teilnehmenden zunächst die philosophischen Grundlagen des Konzepts universell Menschenrechte erarbeitet, ehe in einem zweiten Schritt die Praxis des Menschenrechtsschutzes bei den Vereinten Nationen betrachtet wurde. Dabei wurde insbesondere der UN-Menschenrechtsrat einer kritischen Reflexion unterzogen. Politikwissenschaftler Florian Markl, Autor des Buches "Vereinte Nationen gegen Israel", warf in seinem Vortrag die Frage auf, inwiefern die Vereinten Nationen ein geeignetes Gremium zur Durchsetzung von Menschenrechten sind und in welchen Punkten die Arbeit der Vereinten Nationen intensiviert oder vielmehr neu strukturiert Menschenrechtslage werden muss, um die weltweit nachhaltig verbessern können. zu

Der Vortragsabend erweiterte die Perspektive und nahm Menschenrechte als Querschnittsthema bei den Vereinten Nationen in den Blick. Ekkehard Griep, stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, führte ein Gespräch mit Gesche Karrenbrock, die über 30 Jahre für das Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen tätig war. Frau Karrenbrock konnte dabei aus dem reichen Erfahrungsschatz ihrer beruflichen Tätigkeit unter anderem in Ruanda, der Türkei und Kamerun berichten.

Das Interesse der Teilnehmenden kam in einer lebhaften Diskussion mit spannenden Fragen zum Abschluss des Vortragsabends zum Ausdruck.



Track Postkolonialismus



Dass die Zeit des Kolonialismus die internationale Staatenwelt entscheidend geprägt hat, ist unbestreitbar. Heute scheint der Traum einer geeinten Welt Realität geworden – oder ist es doch nur ein Vorwand der westlichen Vorherrschaft? Mit dieser Frage beschäftigte sich der Bildungstrack "Postkolonialismus", der von der Politikwissenschaftlerin Leonie Ziegler geleitet wurde.

Ziel der Theorie des Postkolonialismus ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Neokolonialismus. Dieser bezeichnet einen Zustand, in dem trotz formaler Souveränität der ehemaligen Kolonien das wirtschaftliche, politische und kulturelle System von außen gesteuert wird. Nach der Einführung wandten die etwa 90 Teilnehmer*innen des Tracks die Denkschule auf Fallbeispiele wie Militärinterventionen, Entwicklungshilfe und Landgrabbing an. Dadurch erhielten sie einen Überblick über die Vielschichtigkeit der kolonialen Folgen, die im Denken jedes*r Einzelnen, sowie auf der Ebene des Weltgeschehens fest verankert sind.

Am Vortragsabend vertiefte Sarah Bressan, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Global Public Policy Institute in Berlin, die Thematik und fokussierte sich dabei auf die Auswirkungen des Postkolonialismus in wissenschaftlichen Institutionen und illustrierte dies anhand von Beispielen aus der Sicherheitspolitik. Sie machte aber auch deutlich, dass es sich bei den postkolonialen Theorien um eine von vielen Denkschulen in den Sozialwissenschaften handelt. In der anschließenden Diskussion setzte sich Sarah Bressan mit den Teilnehmer*innen kritisch mit den Vortragsinhalten auseinander.

Track Ernäherungssicherheit



Was ist Ernährungssicherung? Welche Strategien zur Bekämpfung des weltweiten Hungers gibt es? Wie konsumiere ich? Kann ich durch mein Konsumverhalten oder auf andere Weise zur Ernährungssicherheit beitragen? Mit diesen Fragen beschäftigten sich die Teilnehmenden des Tracks Ernährungssicherung.

Ziel des Bildungstracks war es, den Teilnehmenden relevantes Grundlagenwissen zu vermitteln und für konkrete Problemstellungen eigene Ideen und Lösungsansätze zu entwickeln sowie Einblicke in die Praxis zu erhalten. Dazu wurden sie zunächst in die Dimensionen der Ernährungssicherung eingeführt. Anschließend bekamen sie zwei konkrete Problemfelder präsentiert, mit denen sie sich dann intensiver beschäftigten: "Teller vs. Trog & Nahrung der Zukunft" "Reduzierung von Nahrungsmittelabfällen/verschwendung entlang der Produktions-Lieferketten - SDG 12.3". Dazu entwickelten die Teilnehmenden im Rahmen eines Ideen-Labors Ideen und Lösungsansätze, um auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene zur weltweiten Ernährungssicherung beizutragen. Diese stellten sie sich dann gegenseitig vor und wählten die besten Ideen.

Die besten drei Ideen wurden am Redeabend mit Rudolf Bühler, Gründer der bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall (BESH) diskutiert. Der Agraringenieur brachte sein Expertenwissen als aktiver Landwirt und aus der Zeit in der Entwicklungstätigkeit ein und gab den Teilnehmenden wertvolles Feedback zu ihren Ideen. Zudem berichtete er von seiner Arbeit bei den Vereinten Nationen, wo er sich für die weltweiten Rechte der Kleinbauern einsetzt.





































